



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Entwicklungsausschuss*

---

**2010/2270(INI)**

3.3.2011

# ENTWURF EINES BERICHTS

zur Finanzierung der Verstärkung von Dämmen in Entwicklungsländern  
(2010/2270(INI))

Entwicklungsausschuss

Berichterstatter: Nirj Deva

PR\_INI

## INHALT

**Seite**

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....3

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### zur Finanzierung der Verstärkung von Dämmen in Entwicklungsländern (2010/2270(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. Februar 2011 zur Energiestrategie der Weltbank für die Entwicklungsländer<sup>1</sup>,
  - unter Hinweis auf den Weltentwicklungsbericht der Weltbank 2010: Entwicklung und Klimawandel,
  - unter Hinweis auf den 3. Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen (UN) von 2009,
  - unter Hinweis auf den Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem Titel „The Energy Access Situation in Developing Countries“ (Die Situation bezüglich des Zugangs zur Energie in Entwicklungsländern) aus dem Jahre 2008,
  - unter Hinweis auf den Bericht des UN-Umweltprogramms (UNEP) mit dem Titel „Dams and Development: relevant practices for improved decision-making. A compendium of relevant practices for improved decision-making on dams and their alternatives“ (Staudämme und Entwicklung: Wichtige Verfahren für eine bessere Entscheidungsfindung. Ein Kompendium wichtiger Verfahren für bessere Entscheidungen über Staudämme und ihre Alternativen) und das Projekt Staudämme und Entwicklung,
  - unter Hinweis auf den UNEP-Bericht mit dem Titel „Freshwater under threat. South Asia. Vulnerability Assessment of Freshwater Resources to Environmental Change“ (Süßwasser in Gefahr. Südasiens. Beurteilung der Gefährdung der Süßwasserressourcen durch Umweltveränderungen) aus dem Jahre 2008,
  - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Entwicklungsausschusses (A7-0000/2011),
- A. in der Erwägung, dass es nach derzeitigen Schätzungen weltweit über 50 000 große Staudämme, 100 000 kleinere Staudämme und 1 Million kleine Staudämme gibt,
- B. in der Erwägung, dass in Asien zwischen 1999 und 2001 589 breite Staudämme errichtet wurden und ab 2006 270 Staudämme mit einer Breite von 60 Metern oder mehr in Planung oder bereits im Bau waren,
- C. in der Erwägung, dass die EU keine Staudamminfrastruktur finanziert, jedoch Mittel für handelsbezogene Infrastruktur, physische Infrastruktur einschließlich Transport und Lagerung, Kommunikation sowie Energieerzeugung und -lieferung bereitstellt,

---

<sup>1</sup> Angenommene Texte, P7\_TA(2011)0067.

- D. in der Erwägung, dass zwischen 2007 und 2008 die Unterstützung für handelsbezogene Infrastruktur erheblich zugenommen hat (um 75 %) und mit den Zahlen für 2008 von knapp insgesamt 5 Milliarden EUR ungeachtet der Tatsache, dass es in diesem Bereich beträchtliche Schwankungen bei den Mittelbindungen gibt, ein Rekordhoch erreicht wurde,
- E. in der Erwägung, dass die Weltbank der größte externe Geldgeber im Wassersektor mit einem Portfolio von 20 Milliarden USD für in der Durchführung befindliche wasserwirtschaftliche Projekte in über 100 Ländern ist,
- F. in der Erwägung, dass UN-Schätzungen zufolge bis 2050 2 Milliarden Menschen der Gefahr schwerer Überschwemmungsschäden ausgesetzt sein werden,
1. ist der Auffassung, dass im vergangenen Jahrhundert weltweit durch keine andere Naturkatastrophe mehr Sachschäden angerichtet wurden und mehr Menschen umgekommen sind als durch Überschwemmungen, und dies ungeachtet der Milliarden von Dollar, die für das Hochwasserrisikomanagement ausgegeben wurden;
  2. weist darauf hin, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Häufigkeit schwerer Überschwemmungen nachweislich zugenommen hat und dass Überschwemmungen auch in den kommenden Jahrzehnten ein großes Problem darstellen werden;
  3. stellt fest, dass es die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sind, die aufgrund fehlender Frühwarnsysteme, einer wenig sicheren Bauweise und ihrer prekären Wirtschaft den Folgen der Überschwemmungen am stärksten ausgesetzt sind und dass sie am meisten von der Errichtung einer effektiven Staudamminfrastruktur profitieren würden;
  4. stellt ferner fest, dass die Gebirgsregionen infolge der nachweislich beschleunigten Gletscherschmelze im Himalaya und in den Anden zunehmend der Gefahr von Überschwemmungen und Lawinen ausgesetzt sind;
  5. bedauert das völlige Fehlen von Maßnahmen zur Prävention von Überschwemmungen in zahlreichen LDC und erkennt die Notwendigkeit einer verstärkten und nachhaltigen Staudamminfrastruktur in Regionen an, in denen es eine kritische Gefährdung aufgrund instabiler Gletscherseen gibt, die durch die Folgen der globalen Erderwärmung und von Rußablagerungen, die den Gletscherschwund noch beschleunigen, verschärft wird;
  6. weist darauf hin, dass der Rückgang der Gletscher dazu führt, dass sich die natürlichen Gletscherseen so ausbreiten, dass die Gefahr von Gletschersee-Ausbrüchen (Glacial lake outburst floods – GLOF) besteht;
  7. erinnert an die tragische Katastrophe im Jahre 1941, als die Stadt Huaraz (Peru) durch den Bruch des glazialen Damms zerstört wurde und 4 500 Menschen in den Tod gerissen wurden;
  8. weist darauf hin, dass Überschwemmungen in LDC nicht nur das Leben von Menschen gefährden, sondern auch die Entwicklung in den entsprechenden Regionen; erinnert daran, dass 1985 ein GLOF in Khumbu Himal (Nepal) das fast fertiggestellte Namche-Small-Hydel-Projekt zerstörte;

9. unterstreicht, dass es laut dem International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) allein im Himalaya 8 000 Gletscherseen gibt, von denen 203 aufgrund ihrer besonderen Lage und der Instabilität der von Natur aus gegebenen Dammmauern (Moränen) als potenziell gefährlich gelten;
10. betont, dass sich die lokalisierten Gletscherseen im Himalaya über acht Länder – Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan – erstrecken und dass es in den letzten 50 Jahren 20-mal zu Sturzfluten aufgrund des Bruchs von Gletscherdämmen kam, von denen häufig mehr als nur ein Land betroffen war;
11. betont, dass in Südasien schätzungsweise 1,3 Milliarden Menschen von zehn ausgewiesenen dauernd wasserführenden Flusssystemen, die von 16 000 Gletschern im Himalaya gespeist werden, abhängen; fordert, dass die EU dieser Region Vorrang einräumt, damit künftige menschliche Katastrophen, die durch die immer größere Häufigkeit von mit Wasser zusammenhängenden Katastrophen verursacht werden, vermieden werden können;
12. betont ferner, dass stromabwärts gelegene Gebiete in LDC ihren Reichtum den natürlichen Ressourcen der Flussbecken verdanken und dass sie zu den reichsten Agrargebieten in der Welt gehören; erinnert daran, dass das rasche Wirtschaftswachstum Chinas und Indiens teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die beiden Länder die wichtigsten Reisanbauländer sind, wobei die Produktion zum größten Teil aus den Flussbecken des Ganges, des Jangtse und des Gelben Flusses (Huanghe) stammt, die alle von GLOF bedroht sind;
13. ist der Ansicht, dass es in den Schwellenländern zu einer abrupten Kehrtwendung in ihrer Entwicklung und einem rasch zunehmenden Problem im Bereich der Ernährungssicherheit kommen könnte, wenn die hochproduktiven Agrargebiete nicht vor den Folgen von Überschwemmungen geschützt werden;
14. betont, dass die Einrichtung von Frühwarnsystemen, die Errichtung von Staudämmen und die Überwachung der Gletscherseen sich ohne detaillierte aktuelle Informationen zu den Gebieten, die durch mit Wasser zusammenhängende Katastrophen gefährdet sind, als nicht zu bewältigende Aufgaben herausstellen werden;
15. weist mit Nachdruck darauf hin, dass wichtige Infrastruktur, die für die Förderung der politischen Ziele der EU – nachhaltige Entwicklung und erhöhte Ernährungssicherheit – gemäß den Millenniums-Entwicklungszielen von entscheidender Bedeutung ist, zunehmend aufgrund von Überschwemmungsfolgen gefährdet ist und geschützt werden muss;
16. besteht darauf, dass es zum Schutz der gefährdeten Gebiete nicht ausreicht, Staudämme in LDC zu errichten und zu verstärken, und fordert konzertierte Anstrengungen, um das Problem an der Wurzel zu packen und nicht nur Symptome zu bekämpfen und so zu verhindern, dass das Geld der Steuerzahler in der EU verschwendet wird;
17. betont, dass Ruß eine genauso bedeutende Ursache für Gletscherschwund ist wie Kohlendioxid;

18. fordert sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Rußemissionen als rasch wirkende Methode zur Eindämmung der Gletscherschmelze; empfiehlt angesichts des kurzen Verbleibens von Ruß in der Atmosphäre die kombinierte Abschwächung dieser Entwicklung mit Hilfe von rasch wirkenden Strategien, die die Gefahr von GLOF dramatisch und rasch verringern könnten;
19. fordert die EU auf, bestehende Technologie, mit der Rußemissionen drastisch reduziert werden, zu fördern; fordert ferner die Unterstützung und Förderung von Verordnungen, mit denen das Abholzen und Verbrennen von Wäldern überwacht werden, strenge und regelmäßige Tests zur Überprüfung der Fahrzeugemissionen durchgesetzt werden, die Biomasseverbrennung eingeschränkt wird und die jährlichen Emissionen von Kraftwerken überwacht werden, unterstützt und gefördert werden müssen;
20. fordert die EU angesichts des grenzüberschreitenden Charakters von GLOF auf, den zwischenstaatlichen Dialog mit Blick auf die Ausarbeitung von Strategien für den Umgang mit Naturkatastrophen und angemessene Investitionen zum Schutz der Länder in der Hindukush-Himalaya-Region vor Überschwemmungen zu fördern;
21. regt die dringende Einsetzung einer grenzüberschreitenden Agentur unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen mit dem ausdrücklichen Ziel an, verfügbare Daten auszutauschen, sich mit dem Problem und den Ursachen von transnationalen mit Wasser zusammenhängenden Katastrophen zu befassen und angemessene Anpassungs- und Eindämmungsmaßnahmen vorzuschlagen;
22. stellt ferner fest, dass Staudammprojekte ohne weiteres als sogenannte „Quick-Win-Projekte“ durchgeführt werden könnten, sofern einige soziale, wirtschaftliche und ökologische Kriterien erfüllt sind;
23. fordert die EU auf, zur Vermeidung und Bekämpfung von Überschwemmungen sogenannte „Soft-path“-Strategien zu verfolgen und Staudamminfrastruktur zu fördern; erkennt an, dass die Überschwemmungsbedingungen nicht statisch sind und als solche einen flexiblen Ansatz erfordern; fordert die Verbesserung der Vorhersage von Überschwemmungen, die Überprüfung einzelner Gebäude auf ihre Flutsicherheit und die Entwicklung von Hochwasserrückhaltegebieten und Ableitungssystemen;
24. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.